



Österreichischer Gewerkschaftsbund

**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST**

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fax-Nr. 53 454/207

28/SN-346/ME

An die

Kanzlei des Präsidiums des  
Nationalrates

c/o Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3

1017 Wien

*St. Klausgruber*

|  |       |    |
|--|-------|----|
| 11   | GE/19 | 14 |
| Datum: 1 C. MRZ. 1994                      |       |    |
| Verf. 18. März 1994 <i>St. Klausgruber</i> |       |    |

Unser Zeichen – bitte anführen

Ihr Zeichen

Wien,

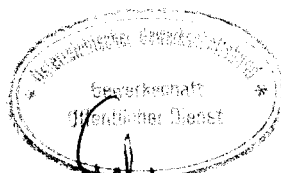
Zl. 1.464/94 - VA/Bru

16. März 1994

Betr.: Entw./16. SchOG-Novelle;  
Stellungnahme

In der Beilage übermitteln wir 25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird (16. Schulorganisationsgesetz-Novelle) - zur freundlichen Kenntnisnahme.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung



Vorsitzender

25 Beilagen



Österreichischer Gewerkschaftsbund

**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST**

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fax-Nr. 53 454/207

An das

Bundesministerium für  
Unterricht und Kunst

Minoritenplatz 5

1014 W i e n

Unser Zeichen – bitte anführen

Zl. 1.464/94-VA/Bru

Ihr Zeichen

Zl. 12.690/1-III/2/94

Wien,

16. März 1994

Betr.: Entw./16. SchOG-Novelle;  
Stellungnahme

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst gibt zum Entwurf einer 16. Schulorganisationsgesetznovelle folgende Stellungnahme ab:


Der Entwurf scheint wenig durchdacht. Dies bestätigt allein die Verwendung der Begriffe "Elementarschule" im § 3 Abs. 2 und "Grundschule" im § 131e Abs.1 für ein und denselben Bildungsbereich. Auch die verwirrende Verwendung des Begriffes "Pflichtschule" gibt Zeugnis von mangelhaften Überlegungen. Unter Pflichtschulen versteht man Schulen, die in erster Linie für die Erfüllung der Schulpflicht vorgesehen sind. Dieser der Bildungshöhe entsprechenden Gliederung widerspricht jedoch die Bezeichnung der Berufsschule als "berufsbildende Pflichtschule" im § 3 Abs. 2 (7) des Entwurfes.

Insbesondere weisen wir darauf hin, daß der beabsichtigten Anpassung der Gliederung des Schulsystems an internationale Usancen durch den Gesetzesentwurf nicht Rechnung getragen wird. So ist es im EU-Raum üblich, die Bildungshöhe nach Primärschulen, Sekundärschulen und Tertiärschulen zu gliedern. Eine Übernahme dieser international gebräuchlichen Gliederung würde auch die Umsetzung der Richtlinien aus den Jahren 1989 und 1992 des Rates der Europäischen Gemeinschaft erleichtern.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst meint, daß die Zuordnung der Berufsschule zur Oberstufe als eine sinnvolle Regelung erscheinen würde, wenn die restlichen Hinweise auf die Schulsystematik klarer herausgearbeitet wären. Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst empfiehlt daher die Überarbeitung des Entwurfes.

25 Exemplare unserer Stellungnahme haben wir wunschgemäß dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

  
Vorsitzender

(Zweifach!)